



NIEDERSCHRIFT

Sitzung:	Haupt- und Finanzausschuss II/10
Sitzungstag:	Dienstag, den 06.03.2007
Sitzungsort:	Ratssaal des Alten Seminars, Lüdenscheider Str. 48
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	19:05 Uhr

TAGESORDNUNG

1. Öffentliche Sitzung

1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

1.1.1. Anerkennung der Tagesordnung

1.1.2. Einwohnerfragestunde

1.2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Vorlage: M/2007/178

1.3. Dringliche Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW - entfällt -

1.4. Beschlüsse NW - entfällt -

1.5. Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse NW - entfällt -

1.6. Empfehlungen an den Rat

1.6.1. Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Wipperfürth über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen

Vorlage: V/2007/159

1.6.2. Unterbringung von Aussiedlern und Asylbewerbern

Vorlage: V/2007/158

1.7. Anfragen

1.7.1. Förderung der energetischen Sanierung von Schulen und Turnhallen;
Anfrage des Rats Herrn Günter Stein / SPD-Fraktion, vom 22.02.2007

Vorlage: F/2007/014

1.8. Anträge NW - entfällt -

1.9. Mitteilungen

- 1.9.1. Erhöhung der Grundsteuer B anstelle einer Erhebung von Elternbeiträgen für Kindertagesstätten; Anfrage des Rats Herrn Dr. Pehlke und Antwort des Innenministeriums NRW
Vorlage: M/2007/179
- 1.9.2. Verfügung der Bezirksregierung zur Haushaltssituation der Kommunen
Vorlage: M/2007/186
- 1.9.3. Besuch des Rates der Stadt Surgères im Frühjahr 2007
Vorlage: M/2007/184
- 1.9.4. Einrichtung einer weiteren Ganztagsgruppe an der Alice-Salomon-Schule
Vorlage: M/2007/183

1.10. Verschiedenes

- 1.10.1. Modellprojekt "Geschäftsprozessoptimierung"

- 2. Nichtöffentliche Sitzung**
- 2.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2.2. Anerkennung der Tagesordnung**
- 2.3. Dringliche Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW - entfällt -**
- 2.4. Beschlüsse**
 - 2.4.1. Stundung, Niederschlagung und Erlass städtischer Forderungen
- 2.5. Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse - entfällt -**
- 2.6. Empfehlungen an den Rat - entfällt -**
- 2.7. Anfragen - entfällt -**
- 2.8. Anträge - entfällt -**
- 2.9. Mitteilungen - entfällt -**
- 2.10. Verschiedenes - entfällt -**



Stadt Wipperfürth

ANWESENHEITSLISTE

zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses,
am 06.03.2007
von 17:00 Uhr bis 19:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Forsting, Guido

Bürgermeister

Ratsmitglieder

Billstein, Regina

SPD

Blechmann, Karin

SPD

Bremerich, Josef

CDU

Clemens, Beate

CDU

für Bongen, Hermann-Josef
(ab TOP1.6.1, 17.10 Uhr)

Grüterich, Norbert

CDU

Kohlgrüber, Gerd

CDU

Koppelberg, Harald

UWG

Mederlet, Frank

SPD

Palubitzki, Lothar

CDU

Scherkenbach, Friedhelm

CDU

Schmitz, Andreas

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Schmitz, Annekathrin

CDU

Schmitz, Bernd

CDU

Stefer, Michael

CDU

Stein, Günter

SPD

beratende Mitglieder

Dr.Pehlke, Michael

FDP

Verwaltungsvertreter

Hachenberg, Friedrich

intern

StOVR

Orbach, Kurt

intern

Stadtkämmerer

Wollnik, Lothar

intern

StVD

Schriftführer

Breuer, Reinhard

intern

StAR

Es fehlten:

Höfeld, Rolf

CDU

Lang, Uwe

UWG

- 1 Öffentliche Sitzung**
- 1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Bürgermeister **Forsting** stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.
- 1.1.1 Anerkennung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in der Fassung der Einladung einvernehmlich anerkannt. Zur Beratung unter Verschiedenes (TOP 1.10.1) kündigt Bürgermeister Forsting einen mündlichen Bericht zum Modellprojekt „Geschäftsoptimierung“ an.
- 1.1.2 Einwohnerfragestunde**

Aus der Zuhörerschaft werden keine Fragen gestellt. Auch schriftliche Fragen waren vor der Sitzung nicht eingereicht worden.
- 1.2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
Vorlage: M/2007/178**

Der als schriftliche Mitteilung vorliegende Bericht über die Durchführung der Beschlüsse wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.
- 1.3 Dringliche Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW - entfällt -**
- 1.4 Beschlüsse - entfällt -**
- 1.5 Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse -entfällt-**

1.6 Empfehlungen an den Rat

1.6.1 Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Wipperfürth über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen Vorlage: V/2007/159

Die ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Wipperfürth über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen wird in der beiliegenden Fassung*) beschlossen.

*) siehe Anlage zur Verwaltungsvorlage sowie letzten Absatz der nachfolgenden Ausführungen

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung

Zu Beginn der Sitzung war ein am Tage vor der Sitzung eingegangener gemeinsamer Antrag der evangelischen Kirchengemeinde Wipperfürth und der katholischen Kirchengemeinde Wipperfürth eingegangen, der den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage zur Kenntnis gebracht wird.

Hierauf gehen sowohl die Verwaltung bei ihrem Sachvortrag als auch die Sprecher der Ratsfraktionen sowie Ratsherr Dr. Pehlke im Zusammenhang mit ihren grundsätzlichen Ausführungen zum Beschlusssentwurf der Verwaltung ein.

Bürgermeister **Forsting** erklärt, aus seiner Sicht entscheide der Stadtrat über den Antrag der Kirchen indirekt durch seine Beschlussfassung über die Ordnungsbehördliche Verordnung. Der Rat müsse sich auch nicht selbst binden für einen späteren Zeitraum, für den möglicherweise eine andere rechtliche Grundlage gelten werde. Die Verwaltung werde den Kirchen den vom Rat am 20.03.2007 zu fassenden Beschluss zuleiten. Die Fraktionen hätten für sich natürlich auch die Möglichkeit, sich mit ihren Auffassungen direkt an die Kirchen zu wenden.

Auf Vorschlag des Ratsherrn **Kohlgrüber** soll ein Passus mit in die Verordnung aufgenommen werden, wonach der Einzelhandel die Stadt frühzeitig über die konkreten Termine der verkaufsoffenen Sonntage zu informieren habe. Dieser Vorschlag wird mit zur Abstimmung gestellt.

1.6.2 Unterbringung von Aussiedlern und Asylbewerbern Vorlage: V/2007/158

Eine Beschlussempfehlung an den Rat erfolgt heute nicht. Nachrichtlich ist an dieser Stelle der Entwurf der Verwaltung zitiert:

„Das gesamte Objekt Egener Straße 50 wird zur Unterbringung von Asylbewerbern zum 31.12.2007 aufgegeben. Die entsprechende Anmietung ist zu diesem Zeitpunkt zu kündigen.

Die Unterbringung der Asylbewerber wird künftig im Wohnheim Bahnstraße 7 erfolgen.“

Im Rahmen der eingehenden Diskussion über den Verwaltungsvorschlag äußert Ratsherr **Mederlet** für die SPD-Fraktion die Bitte, den Rat zusätzlich mit weiteren Daten über die Größe der Wohnräume, Gemeinschaftsräume und Nebenflächen im Wohnheim Bahnstraße 7 zu informieren. Die CDU-Fraktion signalisiert, dass sie nicht auf einer Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an den Rat besteht. Am Ende der Diskussion sagt die Verwaltung zu, die Beschlussvorlage für die Ratssitzung um die erbetenen zusätzlichen Angaben zu ergänzen.

1.7 Anfragen

1.7.1 Förderung der energetischen Sanierung von Schulen und Turnhallen; Anfrage des Ratsherrn Günter Stein / SPD-Fraktion, vom 22.02.2007 Vorlage: F/2007/014

Die Anfrage war Bestandteil der Einladung, die Antwort der Verwaltung Bestandteil des I. Nachtrags zur Einladung.

Ratsherr **Stein** weist darauf hin, dass seit der Haushaltsberatung bekannt sei, dass an der Turnhalle Ohl innerhalb von vier Jahren etwas geschehen soll. Wenn es durch Förderprogramme des Bundes Mittel bzw. Einsparpotential gebe, sei fraglich, warum dann nicht auch zeitlich konzentrierter gebaut werde. Davon profitiere nicht nur der Schul- und der Sportbetrieb, sondern möglicherweise auch der städtische Haushalt. Die Zeit mit Baustellenbetrieb lasse sich spürbar reduzieren. Zur Antwort auf Ziffer 3 seiner Anfrage bitte er um nähere Ausführungen am Beispiel der Turnhalle in Ohl. Der Bund stelle schließlich kaum Fördermittel zur Verfügung, wenn dies sachlich unsinnig sei.

Stadtkämmerer **Orbach** erklärt, in der schriftlichen Antwort sei bereits angedeutet, dass das sehr komplexe Förderpaket auch „Haken und Ösen“ habe. Aufgrund der bisher fehlenden Planungen / Teilplanungen für einzelne Objekte könne nicht gesagt werden, ob sich eine solche Förderung wirtschaftlich darstellen lässt oder nicht. Die Stadt plane die verschiedensten kleineren energetischen Maßnahmen an Schulen und Turnhallen, die aber alle für sich allein nicht die Voraussetzungen für eine solche Förderung erfüllen würden. Das einzige, was von der Abwicklung der derzeitigen Planungen einigermaßen in das Förderprogramm hineinpassen könnte, sei in der Tat die Sanierung der Schulturnhalle in Ohl. Dafür gebe es nach der derzeitigen HSK-Planung insgesamt ein Sanierungspaket über drei Jahre im Wert von rund 160.000 €.

Ganz grob sei von der ZIW ermittelt worden, wohin man vom Investitionsvolumen komme, wenn die Turnhalle entsprechend den Förderrichtlinien ausgebaut bzw. saniert würde. Es sei von einem Investitionsbedarf von rund 400.000 € auszugehen. Das hänge etwa damit zusammen, dass für eine heute vorgesehene Dämmung der Fassade mit einer 10 cm dicken Wärmedämmung gerechnet werde, sie nach den Förderrichtlinien aber 20 cm stark sein müsse, um den aktuellen Neubauvorschriften gerecht zu werden. Ähnlich sehe dies in den Bereichen Heizungs-, Fenster- und Dacherneuerung aus. Es sei zudem sehr aufwendig, ein solches Gebäude dann den statischen Erfordernissen anzupassen. Bei einem Investitionsvolumen von 400.000 € im Vergleich zu den veranschlagten 160.000 € erhalte die Stadt maximal 100.000 € Förderkredite. Bei 500 qm Gesamtfläche würden nur 200 qm gefördert. Rund 300.000 € müssten noch durch eigene, teure Kredite finanziert werden. Als freiwillige Maßnahme, die die Stadt momentan nicht in dieser Form durchführen müsse, werde sie als HSK-Gemeinde niemals eine Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörden bekommen.

Abgesehen von dieser rein finanzwirtschaftlichen Betrachtungsweise werde die Verwaltung auch die ökologische Komponente nicht vernachlässigen. Dies müsse und werde auf jeden Fall noch näher geprüft. Nach den heute vorliegenden Daten und Fakten allerdings gehe er davon aus, dass weder für die Maßnahme Ohl noch für andere Sanierungsmaßnahmen eine Förderung in Betracht kommt.

1.8 **Anträge** - entfällt -

1.9 **Mitteilungen**

1.9.1 **Erhöhung der Grundsteuer B anstelle einer Erhebung von Elternbeiträgen für Kindertagesstätten; Anfrage des Ratsherrn Dr. Pehlke und Antwort des Innenministeriums NRW** **Vorlage: M/2007/179**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung, auf die an dieser Stelle verwiesen wird, zur Kenntnis.

1.9.2 **Verfügung der Bezirksregierung zur Haushaltssituation der Kommunen** **Vorlage: M/2007/186**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Verfügung des Regierungspräsidenten zur Kenntnis, die Bestandteil der Einladung war.

Ratsherr **Kohlgrüber** erklärt, in Wipperfürth seien bereits sehr früh Konsolidierungsbemühungen aufgenommen worden. Wie im Falle der Entscheidungen zum Hallernbad sei die Bürgerschaft frühzeitig in derartige Anstrengungen einbezogen worden.

Die den Kommunen vorgeworfenen Versäumnisse sind nach Auffassung des Ratsherrn **Mederlet** sehr pauschal. Er könne deshalb nicht alle Auffassungen des Regierungspräsidenten teilen. Auch die Verwaltung habe sich in den letzten Jahren große Mühe gemacht, die Haushaltskonsolidierung voran zu treiben. Die Verfügung des Regierungspräsidenten müssten sicher viele Gemeinden, die sich ernsthaft um Haushaltskonsolidierung bemüht hätten, wie einen „Schlag ins Gesicht“ wahrnehmen.

1.9.3 **Besuch des Rates der Stadt Surgères im Frühjahr 2007** **Vorlage: M/2007/184**

Die Verwaltung hatte im Rahmen ihrer schriftlichen Mitteilung, die der Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis nimmt, den derzeitigen Stand der Überlegungen zur Kenntnis gegeben. Bürgermeister **Forsting** erklärt, der in der Vorlage genannte Arbeitskreis verfolge die weiteren Vorbereitungen zum Gegenbesuch des Surgèrer Stadtrates. Dadurch, dass die Arbeitskreismitglieder ihre jeweiligen Fraktionen auf dem Laufenden hielten, könne er auf weitere Ausführungen verzichten.

1.9.4 **Einrichtung einer weiteren Ganztagsgruppe an der Alice-Salomon-Schule** **Vorlage: M/2007/183**

Die schriftliche Mitteilung war Bestandteil der Einladung. StVD **Wollnik** teilt mit, dass es über deren Inhalt hinaus eine weitere neue Entwicklung im Bereich der Förderschulen gebe. Die Schule mit dem Förderschwerpunkt Sprachen, ehemals Sprachbehindertenschule, werde nach einer telefonischen Nachricht des Kreisschulamtes von Donnerstag definitiv zur Jahresmitte aufgegeben. Die derzeitigen Schüler aus dem ersten und zweiten Schuljahr würden nach Oberwiehl gefahren, was mit den Eltern abgestimmt sei und wofür der Kreis als Schulträger die Kosten übernehme. Schulneulinge mit Sprachschwierigkeiten sollten ab Sommer 2007 bereits in die Alice-Salomon-Schule aufgenommen werden. Deren Schulkonferenz habe einen Beschluss gefasst, beim Schulträger den Antrag zu stellen, eine Verbundschule zu werden als Förderschule mit den Förderschwerpunkten Lernen und Sprache. Diesen Antrag prüfe die Verwaltung zur Zeit und kläre mit der Bezirksregierung, welche Voraussetzungen daran geknüpft seien.

Für die dritte Gruppe der OGS erhalte die Stadt Fördermittel, mit denen in der Schule durchaus etwas bewegt werden könne, dann auch unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der sprachbehinderten Schüler. Ein großer zusätzlicher Raumbedarf für diese Schüler entstehe allerdings nicht, weil sie nach wenigen Jahren normalerweise wieder in eine Regelschule wechseln.

Ratsherr **Koppelberg** fragt, ob auch an eine bauliche Erweiterung gedacht werde und äußert, dass die Freifläche auf dem Schulgelände nicht noch weiter bebaut werden soll, weil eine weitere bauliche Ausdehnung in die Breite die jetzt schon beträchtlichen Betriebskosten noch weiter in die Höhe treibe. StVD **Wollnik** erklärt, an eine weitere Bebauung der Freifläche sei zur Zeit nicht gedacht; Einzelheiten zur Umsetzung der dritten OGS-Gruppe und zur Bildung der Verbundschule würden mit der Schule am Freitag dieser Woche besprochen. Bürgermeister **Forsting** erklärt, die Frage möglicher baulicher Erweiterungen sei auch Angelegenheit des Bauausschusses.

Ratsherr **Mederlet** betrachtet die neue Entwicklung als Qualitätsmerkmal und als Bekräftigung des Standortes der Förderschule. Er fragt auch nach der Entwicklung der OGS-Gruppen an den Wipperfürther Grundschulen und nach der Gesamtzahl der Schüler, die dieses Angebot nutzten.

StVD **Wollnik** teilt mit, dass es an allen Grundschulen mit OGS noch freie Plätze gibt. Eine konkrete Übersicht werde für die nächste Schulausschusssitzung vorbereitet.

Zu den Mittagessen in den OGS-Gruppen gebe es eine Arbeitsgruppe auf Kreisebene, weil viele Eltern diese Leistung nicht bezahlen würden. Angedacht sei, zum neuen Schuljahr nicht nur die OGS-Beiträge, sondern auch die Beiträge für das Mittagessen auf der Basis einer Satzung zu erheben. In diesem Falle erfolge die Einziehung ebenfalls durch die Kommunen. Die Stadt Gummersbach habe damit bereits gute Erfahrungen gemacht.

Anmerkung der Verwaltung:

Zahl der OGS-Schüler im Grundschulbereich (Stand: 14.03.2007)

KGS St. Antonius (2 Gruppen)	43
KGS St. Nikolaus (2 Gruppen)	32
GGG Wipperschule Oberklüppelberg (1 Gruppe)	16
Alice-Salomon-Schule (noch 2 Gruppen)	<u>29</u>
Insgesamt	120

1.10 Verschiedenes

1.10.1 Modellprojekt "Geschäftsprozessoptimierung"

Bürgermeister Forsting teilt mit, dass sich die Bürgermeister der Städte und Gemeinden Wipperfürth, Hückeswagen, Radevormwald und Marienheide einmal vierteljährlich treffen, um die Zusammenarbeit dieser Kommunen ständig zu intensivieren. Ein Thema sei bekanntlich die Prüfung der Frage gewesen, für Wipperfürth und Hückeswagen ein gemeinsames Schwimmbad zu betreiben, ein weiteres sei die Zusammenarbeit in der Regionale 2010 mit dem Wasserquintett und dem Ziel, die Nordkreisregion auch landesweit wahrnehmbar zu machen.

Allen Bürgermeistern sei die Frage wichtig, wie mit den immensen Fehlbeiträgen umgegangen werden soll, die in den Kommunen und auch auf Kreisebene auflaufen; zur Zeit liege die Summe bei 260 Millionen Euro. Aus der Sicht der vier Bürgermeister gehöre es zur Generationengerechtigkeit, den nachfolgenden Generationen möglichst wenig finanzielle Vorbelastungen zu hinterlassen.

Zum jetzigen Zeitpunkt müssten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die Dinge zu optimieren. Deshalb sei die Idee entstanden, gleichgelagerte Dinge zusammen zu erledigen oder eben durch eine der vier Gemeinden erfüllen zu lassen. Maßgabe sei dabei gewesen, die Identität der einzelnen Kommunen nicht aufzugeben. Es gehe um die Erfüllung klassischer Dienstleistungen, die durchaus auch von einer der Nachbarkommunen

wahrgenommen werden könne; dann jeweils aber immer unter dem Briefkopf der örtlich zuständigen Kommune. Entscheidungszuständigkeiten der jeweiligen Räte, etwa wie die auf dem Gebiet der Planungshoheit, würden davon nicht berührt.

Es solle überlegt werden, auf welchen Gebieten der klassischen Verwaltung es aus betriebswirtschaftlicher Sicht Sinn mache, die gleichartigen Aufgaben zusammen erledigen zu lassen. Bei den Überlegungen der Bürgermeister sei unter anderem die in dieser Sitzung bereits angesprochene Verfügung des Regierungspräsidenten aufgegriffen worden. Im Dezember 2006 habe es ein Gespräch im Innenministerium des Landes gegeben, das mit dem dortigen Staatssekretär am 27. Februar 2007 fortgesetzt wurde und schließlich dazu geführt habe, dass das Land diesen Weg für richtig hält und gemeinsam mit den vier Kommunen ein für das gesamte Land richtungweisendes Modellprojekt startet.

Die Wahrscheinlichkeit, dass dieses Modellprojekt mit Landesmitteln unterstützt wird, sei inzwischen sehr hoch. Es solle durch ein Fachbüro begleitet werden. Im Rahmen dieser Begleitung würde die Projektorganisation so aussehen, dass ein projektbegleitender Beirat gegründet wird, ein Lenkungssteam, bestehend aus den vier Bürgermeistern und dem Fachbüro, und die einzelnen Arbeitsteams, bestehend aus Vertretern der vier Verwaltungen. Der Beirat setze sich aus einem hochrangigen Vertreter des Innenministeriums, dem Regierungspräsidenten und dem Landrat des Oberbergischen Kreises zusammen, weil man schon die intensive Zusammenarbeit mit allen Aufsichtsbehörden suchen und pflegen müsse.

Aus jetziger Sicht sei vorgesehen, dass das Projekt nach der noch im März zu erwartenden Förderzusage in einem Zeitrahmen von 18 Monaten ablaufen soll bei 275 Beratungstagen des Büros Dr. Deckert. Der Beratungsaufwand belaufe sich auf etwa 375.000 €. Die Eigenbeteiligung der Kommunen liege dann vor allem in ihrem Personaleinsatz, während die Finanzierung insbesondere der Projektbegleitung im wesentlichen durch das Innenministerium gewährleistet werde. Dort werde man sich in der Vorbereitungsphase maximal drei Bereiche anschauen, auf denen eine Zusammenarbeit möglich erscheine und die exemplarisch entwickelt werden könnten für andere Bereiche. Vorstellbar seien Bereiche wie Personalverwaltung, Kassenwesen, Steuerangelegenheiten, Bauaufsichtsangelegenheiten, Jugendamtsangelegenheiten; die letzten beiden insbesondere nach der vom Land beabsichtigten Senkung der Einwohnerschwellenwerte für mittlere kreisangehörige Gemeinden.

Ziel der Aktionen sei die Kostenminimierung, gleichzeitig aber auch eine Serviceverbesserung für die Bürgerschaft vor Ort. Die Bürgermeister würden ganz offen an dieses Modellprojekt heran gehen und man sei über die Unterstützung des Landes froh, auch über die Einbeziehung eines Fachbüros, das sich bereits im Rahmen der NKF-Umstellung einen sehr guten Ruf erworben habe.

Der Prozess sollte gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern praxisorientiert angegangen werden. Die Überlegungen seien dem Personalratsvorsitzenden mitgeteilt worden, der sich eine positive Begleitung

dieses Prozesses vorstellen könne. Nicht verschwiegen werden dürfe in diesem Zusammenhang, dass es im Endeffekt auch um eine Stellenreduzierung im Rahmen der normalen Fluktuation gehe. Betriebsbedingte Kündigungen werde es nicht geben.

Ende März werde gemeinsam mit dem Fachbüro begonnen, die für das Modellprojekt entsprechend geeigneten Bereiche heraus zu kristallisieren und die Arbeitsgruppen zu bilden. Nach den Osterferien werde entweder mit dem Innenminister oder dem Staatssekretär und dem Regierungspräsidenten eine gemeinsame Sitzung aller vier Räte stattfinden, in der das Fachbüro den vorgesehenen Ablauf des Modellprojektes eingehend vorstellen wird. Dann werde sichergestellt sein, dass die Räte immer gleichzeitig über den Stand der Dinge unterrichtet und eingebunden werden.

Die Städte und Gemeinden dürften die sich ihnen bietende Chance nicht ausschlagen, obwohl für die Belegschaften der betroffenen Bereiche Mehrarbeit entstehe.

Es gehe keinem der Beteiligten darum, einzelne Gemeinden oder gar die Kreise oder andere Verwaltungsebenen aufzulösen, sondern darum, dass im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit Geschäftsprozesse im Dienstleistungsbereich sinnvoll optimiert werden. Die Chancen würden seiner Auffassung nach die Risiken überwiegen, weshalb er sich eine aktive und konstruktive Begleitung des Stadtrates ohne parteipolitische Überlegungen erhoffe.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt diesen Vortrag nach einigen Wortmeldungen zur Kenntnis.

Guido Forsting
- Bürgermeister -

Reinhard Breuer
- Schriftführer -